Was bringt der Einsatz für die Diaspora-Juden noch?

Von Sacha Wigdorovits

Letzte Woche habe ich mich massiv über die jüdischen Studenten und Studentinnen an der Universität Zürich geärgert – und auch fremdgeschämt. Sie haben tatenlos zugesehen, wie ihre pro-palästinensischen Kommilitonen einen bekannten antisemitischen arabischen Aktivisten für eine «Vorlesung» einluden.

Wieder einmal stellte ich mir die Frage: «Was bringt es noch, sich für die Juden in der Diaspora einzusetzen?» Wo sich doch viele von ihnen überhaupt nicht dagegen wehren, dass sie immer öfter und lautstärker ungestraft diskriminiert, zu Unrecht an den Pranger gestellt und im schlimmsten Fall sogar tätlich angegriffen werden. In anderen europäischen Ländern noch viel massiver als in der Schweiz.

Aus moralischer Sicht ist es klar, dass wir Juden diese Entwicklung bekämpfen müssen. Antisemitismus ist eine inakzeptable Diskriminierung und Infragestellung unseres jüdischen Lebens und verletzt damit nicht nur uns selbst, sondern auch die Grundwerte unserer Gesellschaft. Aber nicht bloss die Werte, sondern auch das auf diesen Werten aufbauende geltende Recht wie die Antirassismus-Strafnorm StGB 261bis.

Hinzu kommt, dass wir diesen Kampf nicht allein führen. Wir werden dabei von vielen – grösstenteils bürgerlichen – Politikerinnen und Politikern unterstützt, die nicht jüdisch sind. Und auch von vielen nicht-jüdischen Bürgerinnen und Bürgern, die sich für uns einsetzen. Es wäre beschämend, sie alle für uns kämpfen zu lassen, ohne diesen Kampf auch selbst zu führen.

Doch wir dürfen unsere Augen nicht vor den Tatsachen verschliessen: In Europa schaut die Zukunft für uns Juden düster aus. Das ist nicht Schwarzmalerei, das ist eine Frage der demografischen Entwicklung. Konkret: Es ist die Folge der in den letzten Jahrzehnten nach Europa migrierten Millionen von Musliminnen und Muslimen. Diese sind grossenteils Antisemiten.

Das zeigen die pro-palästinensischen Demonstrationen seit dem 7. Oktober 2023. Der Ruf zur Vernichtung der Juden ist dort genauso zentral wie die Forderung nach einem palästinensischen Staat («from the river to the sea», also ohne Israel). Aber auch repräsentative internationale Umfragen wie jene der Anti-Defamation League ADL bestätigen den unter Muslimen weitverbreiteten Antisemitismus.

Für sich allein genommen, wäre diese Bedrohung überschaubar. Aber je länger, je

mehr werden die (judenfeindlichen) Muslime in Europa ein attraktives Wählerpotenzial. Die erste Partei, die dies erkannt hat und deshalb konsequent auf Antisemitismus setzt, ist «La France insoumise» des Linkspopulisten Jean-Luc Mèlenchon. Auch in der Grünen Partei in England hat man verstanden, dass mit Antisemitismus Wähler zu gewinnen sind.

Die Sozial-Demokratische und die Grüne Partei der Schweiz sind zwar noch nicht so weit. Aber wegen ihrer antikapitalistischen und antikolonialistischen Haltung drücken sie beim islamischen «Anti-Zionismus» (=Antisemitismus) auf unseren Strassen beide Augen zu. Auch so kann man sich den muslimischen Wählerinnen und Wählern empfehlen.

Zugegeben, derzeit sind es in ganz Europa nur einzelne politische Parteien, die aus nüchternem Kalkül – oder innerer Überzeugung – Antisemitismus als attraktives Wahlargument bewirtschaften. Aber wie der französische Autor Michel Houellenbecq in seinem 2015 erschienenen Bestseller «Submission – Unterwerfung» diagnostizierte: Die Islamisierung ist ein Trend. Nicht bloss in Frankreich wie bei Houellenbecq, sondern in weiten Teilen Europas. Früher oder später auch in der Schweiz.

1896 hat Theodor Herzl in «Der Judenstaat» deklariert, wie die europäischen Juden dem Antisemitismus begegnen sollten: Indem sie ihre Koffer packen und in den jüdischen Staat ziehen. Als Herzl das empfahl, gab es diesen «Judenstaat» noch nicht. Heute ist dies dank Israel anders.

Das führt zu einer paradoxen Situation: Für uns Juden in der Diaspora ist der zunehmend virulenter auftretende Antisemitismus zwar ein Problem, doch für Israel ist er ein Segen. Denn er ist der beste Anreiz für eine Aliyah (Auswanderung nach Israel). Und Israel braucht, wenn es weiterhin ein moderner Rechtsstaat und ein erfolgreicher Wirtschaftsstandort bleiben will, dringend europäische Juden: gut ausgebildet, demokratisch, humanistisch.

Lohnt es sich noch, für die Juden in der Diaspora zu kämpfen? Angesichts der demografischen und politischen Entwicklung in Europa und aus Sicht Israels nicht. Aber trotzdem müssen wir es tun. Uns selbst zuliebe – und für unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft, die wir nicht noch einmal fanatischen Extremisten überlassen dürfen. Denn ihr Fanatismus hört nicht bei uns Juden auf.

Dieser Kommentar erschien zuerst im jüdischen Wochenmagazin Tachles.

Sacha Wigdorovits ist Präsident des Vereins Fokus Israel und Nahost, der die Webseite fokusisrael.ch betreibt. Er studierte an der Universität Zürich Geschichte, Germanistik und Sozialpsychologie und arbeitete unter anderem als USA-Korrespondent für die SonntagsZeitung, war Chefredaktor des BLICK und Mitbegründer der Pendlerzeitung 20minuten.